

Das Ende eines Revolutions-Symbols

Die Schließung der Stasi-Unterlagenbehörde wird schwere Folgen für die Aufarbeitung des SED-Unrechts haben.

VON ILKO-SASCHA KOWALCZUK

Der 17. Juni 2021 wird ein besonderer Tag: An diesem Datum, dem 68. Jahrestag des gescheiterten Volksaufstandes gegen die SED-Diktatur, endet die Geschichte einer einzigartigen Institution. Dann wird die „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU) in das Bundesarchiv eingegliedert. Damit endet auch eine weltweit singuläre Form der Aufarbeitung von politischem Unrecht; nicht zuletzt aus politischen Gründen. Und die Geschichte eines Symbols der friedlichen Revolution. Das Aus wird eine Leerstelle hinterlassen, die nicht zu schließen ist. Mit fatalen Folgen.

Die 1992 eröffnete BStU war nie auf Dauer angelegt; sie galt von Anfang an als temporär angelegte Einrichtung. Das Besondere war, dass hier die Menschen einen Antrag auf Einsicht über die Unterlagen stellen konnten, die die Stasi über sie angelegt hatte. Das war enorm wichtig nachgerade für die Opfer des SED-Regimes. Oftmals konnten sie nur mit den hier überlieferten Unterlagen ihre Rehabilitierung erreichen und ihre Rentenansprüche nachweisen. Etwa eine halbe Million solcher Anträge gab es.

Daneben hatte die Behörde Aufgaben in den Bereichen der politischen Bildung und der Forschung wahrgenommen. Sie war mit ihren ursprünglich 14 Außenstellen oftmals die einzige Institution, die kontinuierlich Angebote zur Geschichte der DDR anbot. Ihre Forschungsabteilung hat mit zahllosen Projekten, wissenschaftlichen Publikationsreihen und vielen Veranstaltungen die Debatte um die DDR-Geschichte maßgeblich beeinflusst.

Die halbe Welt neidet diese Behörde

Viele Diskussionen sind von Forschern der Behörde bestimmt worden. Etwa die um den 17. Juni 1953, den 13. August 1961 oder die Revolution von 1989, die Geschichte der politischen Justiz, von Opposition und Widerstand, den Einfluss des MfS auf die Literatur oder den Umgang mit NS-Verbrechern in der DDR. Nicht zu vergessen, dass die etlichen Arbeiten zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit, darunter ein vielbändiges MfS-Handbuch, ein MfS-Lexikon oder grundlegende Studien zu wichtigen Aspekten der MfS-Geschichte, den Debatten über die Stasi das nötige Fundament gaben. Oder: hätten geben können. Denn natürlich teilen auch diese Studien das Schicksal vieler Grundlagenforschungen: Sie werden zwar in der Wissenschaft intensiv rezipiert, aber nicht von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen.

Um diese Behörde hat die halbe Welt Deutschland geradezu beneidet. Die andere Hälfte war heilfroh, dass es in ihren postdiktatorischen Gesellschaften eine solche Institution nicht gab. Natürlich, die Behörde des BStU war nur in Deutschland in dieser sofortigen Radikalität mit einem eigenen Aktenöffnungsgesetz möglich. Nirgendwo sind die Geheimpolizei und der Geheimdienst einer Diktatur so konsequent aufgelöst und zugleich ihre überlieferten Hinterlassenschaften so umfassend geöffnet worden. Eine Tabula rasa wie in Deutschland war nur wegen der deutschen Vereinigung möglich. Das hatte zur Folge, dass es etwa bei unseren östlichen Nach-



Im Berliner Stasi-Unterlagen-Archiv: Hier wurden bislang auch die Karteikarten des MfS aufbewahrt. Foto: imago images

barn viel länger dauerte, bis dort vergleichbare Gesetze und Institutionen entstanden waren. Auch wenn die in fast jedem Einzelfall anders aussahen als die deutsche Behörde, so stand diese doch oft als Vorbild Pate – und zwar in Aufarbeitungsprozessen weltweit.

Seit die Stasi-Akten-Behörde ihre Tore 1992 geöffnet hatte, tobte Streit um die Schließung. Vor allem ostdeutsche Bürgerrechtler verhinderten das und trotzten letztlich der Bundesregierung und dem Bundestag das Stasi-Unterlagen-Gesetz ab, das auch die Behörde als Institution fest schrieb. So wurde sie zum Symbol der Revolution von 1989, denn ihre Ursprünge lagen in der Erstürmung und Auflösung des MfS im Winter 1989/90. Die Behörde als Revolutionssymbol verwaltete das Symbol der SED-Diktatur: die MfS-Akten.

Ihre Gegner kritisierten den ungleichen Zugang zu den MfS-Unterlagen, den interne Forscher und externe Antragsteller in zwei Forschergruppen teilte. Der Gesetzgeber hatte die interne Forschungsabteilung vorgesehen, weil aus Datenschutzgründen eine Freigabe der meisten Akten nicht

möglich war. Um den Datenschutz zu gewährleisten und gleichzeitig zügig Forschungsarbeiten zu ermöglichen, hatte sich der Bundestag mit großer Mehrheit für dieses Modell entschieden. Die Kritik daran war immer berechtigt, weil es externe Forscher benachteiligte. Denn sie konnten nicht selbst, wie in anderen Archiven, in Findhilfsmitteln recherchieren. Doch die Debatte um die Schließung der Behörde hatte vor allem politisch motivierte Ursachen.

Unter dem Radar der Öffentlichkeit hatte Anfang der 2010er-Jahre im Inneren ein Umgestaltungsprozess eingesetzt. Forschung und politische Bildung verloren von Jahr zu Jahr an Stellenwert, die Öffentlichkeitsarbeit der Außenstellen ging zurück. Dafür interessierte sich aber niemand. Das Thema hatte längst an gesellschaftspolitischer Relevanz eingebüßt. Über die Gründe können künftig Historiker streiten.

Nun also wird die Stasi-Akten-Behörde faktisch lautlos entsorgt. Ein Konzept, was aus der Forschung werden soll, gibt es nicht. Das ist auch deshalb bedauerlich,

weil in Deutschland die DDR- und vergleichende Kommunismusforschung nun nirgendwo eine institutionelle Verstärkung aufweist. Das könnte unabhärbare Folgen etwa für die Lehrerbildung haben. Schon heute verlassen die meisten künftigen Geschichtslehrer in Deutschland die Universität, ohne etwas von der DDR- und Kommunismusgeschichte gehört zu haben. Dieser Befund wird sich zwangsläufig durch das Fehlen eines Ankers, der das Thema wachhält, künftig verstärken.

Der Bundestag hat beschlossen, als Kompensationsangebot an die SED-Opferverbände, einen Bundesopferbeauftragten einzusetzen. Dagegen haben sich im Vorfeld viele Stimmen ausgesprochen, wenn auch nicht laut, weil die meisten Institutionen darauf angewiesen sind, mit den Opferverbänden gut zusammenzuarbeiten, denn oftmals finanzieren sie diese Verbände. Mit diesem Beauftragten, dessen Aufgabenfeld bislang nur diffus beschrieben wird, droht eine völlig unnötige Hierarchisierung der Opfer. Denn einen solchen Beauftragten gibt es weder für die Opfer und ihre Nachfahren der NS-Diktatur noch für die von Kolonialismus und Rassismus.

Jahresetat von 100 Millionen Euro

Die Versprechungen, die nun gemacht wurden, sind zudem nicht realistisch. In Berlin-Lichtenberg am alten Hauptsitz des MfS soll ein Archivzentrum DDR-Geschichte entstehen. Das ist Zukunftsmusik und wird zehn Jahre oder mehr dauern. Ebenso wird nun behauptet, ab nächstem Jahr könne man auch an den Standorten des Bundesarchivs im Westen Stasi-Akten einsehen. Auch das ist erst in etwa zehn Jahren möglich. Und natürlich werden sich die Arbeitsbedingungen für die Forscher nicht verbessern. Denn nur weil die Akten nun unter einem anderen Türschild verwaltet werden, fallen nicht die benötigten Findhilfsmittel vom Himmel. Auch das wird noch viele Jahre dauern.

Schließlich ist es eine abenteuerliche Behauptung, dass nun die dauerhafte Sicherung der Unterlagen gewährleistet würde. Tatsächlich war dafür die Behörde mit einem durchschnittlichen Jahresetat von 100 Millionen Euro seit 28 Jahren zuständig. Am Etat wird sich nichts ändern, ganz im Gegenteil, die Aufgaben verlangen – egal unter welchem Türschild – nach Mehrausgaben. Mit anderen Worten: Es wird sich nicht viel ändern.

Warum dann eigentlich die Schließung jetzt? Auch diese Frage könnte künftige Historiker beschäftigen. Die wichtigsten Antworten darauf allerdings wird man nicht in den Akten finden. Die Botschaft aber lautet, wenn auch unbeabsichtigt: Die Aufarbeitung der SED-Diktatur hat nur einen nachrangigen Stellenwert. Mit dem Schleifen der Behörde erweist man den Gegnern der kompromisslosen Aufarbeitung in Deutschland, Europa und weltweit eine große Freude. Sie wird versenkt im ehrwürdigen Bundesarchiv. Die Behörde war immer mehr als ein Archiv. Die Stilllegung dieses Symbols könnte wiederum ein neues Symbol sein: das der weiteren gesellschaftlichen Marginalisierung der Aufarbeitung der SED-Diktatur.

■ Unser Autor ist Historiker. Seit 2001 war er Mitarbeiter der BStU und ist seit 2018 Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „30 Jahre Revolution – 30 Jahre Einheit“.

Holocaust und Corona

Eine „Querdenkerin“ hat sich erneut zum NS-Opfer stilisiert. Das gehört längst zum Repertoire der Bewegung.

VON OLIVER REINHARD

So feindlich sich „Querdenker“ und Coronapolitik gegenüberstehen – eines haben sie gemeinsam: Sie sorgen kontinuierlich für Aufregung. Das hat auch der Nationalsozialismus getan, aber die Herstellung einer solchen Analogie wäre eine obszöne Form der Geschichts-, Gewissens- und Verstandesvergessenheit. Denn nichts davon gleicht der menschenverbrecherischen Politik der Jahre 1933 bis 1945.

Viele „Querdenker“ tun aber genau dies: Sie vergleichen die Corona-Politik mit Nationalsozialismus und Holocaust. Zuletzt am Sonnabend in Hannover, als eine junge Frau die Bühne betrat, sich als „Jana aus Kassel“ vorstellte und sprach: „Ich fühle mich wie Sophie Scholl, da ich seit Monaten im Widerstand bin.“ Doch nach wenigen Worten trat ein Mann vor die Rednerin, hielt ihr seine Ordner-Weste hin und sagte, er mache nicht mehr mit, denn das sei Holocaust-Verharmlosung.

Diese anmaßende Selbstdarstellung der Frau als NS-Opfer – und damit der „Querdenker“ als Widerstandsgruppe gegen das angebliche totalitäre System der Bundesrepublik – sorgt für laute Empörung in Medien, Politik und Mehrheit der Gesellschaft. Verstärkt wird sie noch durch die Aktion



„Ungeimpft“ – solche NS-Symbolik auf dem Ärmel sieht man auf Anti-Corona-Demonstrationen. Foto: imago

des „Ordners“, denn dieser erweckt den Anschein, als stelle sich endlich ein „Querdenker“ mit Gewissen und Anstand öffentlich gegen NS-Verharmlosung seiner Mitstreiter. Seither wird der Mann in den Netzwerken tausendfach als „Held“ gefeiert. Was auch deshalb problematisch sein könnte, weil er laut Hannoverischer Allgemeiner Zeitung aus dem linken Milieu stammen, sich nur als Ordner ausgegeben und den Vorfall inszeniert haben soll.

Zugleich sind auch Lautstärke und Qualität der Aufregung an sich verwunderlich. Endlich, so heißt es vielfach, seien die „Querdenker“ durch einen der Ihren in aller ideologischen Skrupel- und Gewissenlosigkeit entlarvt worden. Tatsächlich hat sich die Frau mit ihren Aussagen höchstselbst entlarvt – und ein Teil der Bewegung dies schon seit Monaten mehrfach getan. Unabhängig davon, was die Blindheit oder Vergesslichkeit der Empörer verursacht: Niemandem, der das Demo-Geschehen halbwegs aufmerksam verfolgt, kann entgangen sein, dass seit dem Sommer die Überhöhung zum NS-Opfer durch das Tragen von Judensternen sowie das Hantieren mit anderer NS-Symbolik wie KZ-Tor-Sprüchen zum Standardrepertoire vieler „Querdenker“ gehört.

Wie Anne Frank im Hinterhaus?

Jüngster Gipfel war der Auftritt einer Elfjährigen, die am vorletzten Sonnabend in Karlsruhe nach der Rede ihrer Mutter auf der Bühne sagte, sie sei froh, dass sie ihren Geburtstag doch noch habe feiern können, aber: „Ich fühle mich wie bei Anne Frank im Hinterhaus, wo sie mucksmäusenstill sein musste, um nicht erwischt zu werden.“ Dieser offenkundige Missbrauch eines Kindes durch dessen „querdenkende“ Eltern ist das bisher klarste Indiz dafür, dass NS- und Holocaust-Relativierung in den Reihen der „Widerständler“ offenkundig weithin akzeptierte und tolerierte Instrumente ihres längst politisch ideologisierten Kampfes sind.

So besehen, hat der „Ordner“ von Hannover der Bewegung einen Gefallen getan. Eben indem er den Eindruck erweckte, es gebe in den eigenen Reihen Menschen, die sich solchen NS-Verharmlosungen laut, sichtbar und vor allem konsequent entgegenstellen und diesen gefährlichen Spuk beenden. Doch diesen Beweis bleiben die echten „Querdenker“ weiterhin schuldig.

Hoch werden wir das nicht mehr gewinnen

Was es bedeutet, wenn Experten wie Bastian Schweinsteiger gewisse Werte verteidigen.



Stadtschreibers Sicht
VON FRANZOBEL

Es heißt, Zeit vergeht oder Zeit wird es, dabei ist Zeit ja immer. Nur hat man nie genug, sie galoppiert. Was früher eine gefühlte Ewigkeit war, ist heute kaum der Rede wert. Eigentlich wollte ich in meiner nun auch schon wieder viel zu knappen Stadtschreiberzeit ja Sascha Horvath treffen, eine bei Dynamo Dresden engagierte österreichische Fußballhoffnung, die mittlerweile, wie sich bald herausgestellt hat, längst woanders spielt. Dafür gibt es Philipp Hosiner, ehemals Nationalspieler und Torschützenkönig. Natürlich hätte mich interessiert, wie es ihm als Österreicher hier bei Dynamo geht.

Aber in Zeiten der Pandemie? Keine Veranstaltungen, keine offenen Lokale, keine Treffen. Corona wirft uns auf uns selbst zurück. Erkrankte müssen sich kontaklos auskurieren, bekommen Lebensmittel vor die Tür gestellt, erleiden, was „wohnhaft“ auch bedeuten kann. Aber was, wenn ausgerechnet dann die Gastherme defekt ist oder der Kühlschrank leckt? Wie lässt sich im Lockdown Zeit vertreiben? Kleidung ausziehen und bewachen oder Augenbrau-

en zusehen, wie sie wachsen? Gut, dass es in solch abstrusen Zeiten wenigstens Fußball gibt. Die Spiele werden zwar vor leeren Tribünen abgespult, vermitteln aber dennoch einen Hauch Normalität. Schließlich ist Fußball Religion – Familiensatz, Kriegersatz, zweitwichtigste Sache der Welt. Etwas, das in Zeiten negativer Zahlen für positive Stimmung sorgt, zumindest theoretisch. Deutschland verlor dieser Tage gegen Spanien mit einem Tennis-Resultat und Österreich gurkte gegen eine norwegische Notelf unentschieden. Die Stammmannschaft der Skandinavier durfte coronabedingt nicht nach Wien, also kamen Spieler, die wirkten, als müssten sie ihre Eltern fragen, ob sie so lange aufbleiben dürften. Trotzdem trennte diese nie gewählte Auswahl nur Sekunden von einem Sieg.

Das Spiel war so unterhaltsam wie das Wetterpanorama an einem nebelverhangenen Novembertag – nichts zu sehen. Paral-

lel waren Jogi Löws Schlupflüder zu Daunenjacken angeschwollen, seine Augen immer trauriger geworden. Deutschland war in Sevilla weggetreten und weggetreten worden, wozu sich Bastian Schweinsteiger als Co-Analyst in die Forderung verstieg, er wolle von der Nationalmannschaft gewisse Werte sehen. Was er damit meinte, hat er nicht erklärt.

Gewisse Werte? Auch Österreich hat gegen Spanien schon episch hoch verloren. 1999 stand es bereits zur Pause 5:0. Auf die Frage, was in der zweiten Halbzeit möglich sei, gab Verteidiger Anton Pfeffer die Antwort: „Hoch wern was nimmer gwinn“. Hoch werden wir das nicht mehr gewinnen. Torhüter Franz Wohlfahrt meinte nach demselben 0:9-Desaster: „Mit mir in absoluter Hochform hätte es ein 0:8 gegeben.“

Österreicher haben Erfahrungen mit Niederlagen. Das kommt vom Katholizismus. Als Sportfan durchlebt man eine immerwährende Selbstgeißelung, tut Buße und lernt zu leiden. Als österreichischer Aficionado ist klar, was für ein Landsmann Leopold von Sacher-Masoch war.

Aber was könnte Schweinsteiger mit den „gewissen Werten“ gemeint haben? Wohl kaum das coronamäßig vorbildliche Abstandhalten der deutschen Spieler zu ihren Gegnern. Vielleicht eine Spielweise, die

alle Zuseher aus dem Stadion treibt, in das sie ohnehin nicht dürfen? Nein, die deutschen Tugenden sind seit jeher Kampfkraft, Fleiß, Ehrgeiz, Gründlichkeit. Beim Fußball dürfen sämtliche Klischees heraus. Aber Corona schafft längst neue Werte. Abstand halten, Hausarrest und Hände waschen. Die Hilfsbereitschaft nimmt zu. Zumindest wollen plötzlich alle etwas retten, das Weihnachtsgeschäft.

Werte sind verlässlich unverlässlich, alles verschwimmt. Seit Einstein ist bekannt, selbst Raum und Zeit sind relativ. Physiker meinen, vor dem Urknall hat es Zeit und Raum gar nicht gegeben, und wenn das Universum eines Tages wieder in sich zusammenbricht, hört auch die Zeit auf zu sein. In der Nähe von großen Massen vergeht die Zeit langsamer. Empfinden wir deshalb dicke Menschen als gemütlich, weil in ihrer Nähe die Zeit langsamer verstreicht? Oder haben wir Corona dicke, weil es damit so gar kein Ende nehmen will? Gut, das es noch Fußball gibt, den kleinen Trost. Philipp Hosiner werde ich auch treffen, wenn Zeit bleibt. Aber was jetzt die gewissen Werte sind? Das weiß nur Schweinsteiger.

■ Der österreichische Schriftsteller Franzobel (53), eigentlich Franz Stefan Griebel, lebt in Wien, Pichlwang, Buenos Aires und derzeit als Stadtschreiber in Dresden.